

Uetersener Nachrichten

www.uenade.de

Uetersener Nachrichten vom [11.12.2008 20:53](#)

Schröder unterstützt BI

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Ole Schröder unterstützt die „Bürgerinitiative gegen massive umweltbelastende Industriekonzentration in Stade“.

Von Thomas Pöhlsen

Haseldorf/Hetlingen/Haselau/ Neuendeich/Stade. Als „höchst bedenklich“ bezeichnet der CDU-Bundestagsabgeordnete Ole Schröder, was derzeit im Großraum Stade geplant wird. Dort sollen fünf Industrieanlagen, darunter drei Kohlekraftwerke, entstehen. „Die Genehmigungsbehörden müssen sehr genau darauf achten, dass sowohl dem Schutz- als auch dem Vorsorgeprinzip aus dem Bundesimmissionsschutzgesetz unter allen Umständen Rechnung getragen wird“, so Schröder.

Der Christdemokrat war zu einem Treffen mit den fünf Sprechern der „Bürgerinitiative gegen massive umweltbelastende Industriekonzentration in Stade“ in den Haseldorfer Hof gekommen. Dabei sicherte er den Marschmännern seine Unterstützung zu.

Der Parlamentarier setzt bei dem Bau der Kraftwerke auf eine Selbstbeschränkung der Energieversorger. „Für ihn ist „eine freiwillige Begrenzung der Betreiber auf Werte unterhalb der in der Bundesimmissionsschutzverordnung festgelegten Höchstwerte notwendig.“ Technisch möglich sei dies.

Das Vorsorgeprinzip müsse zum Beispiel auch beim Betrieb der Kohlekraftwerke gelten, sagte Schröder. So würden „riesige Kohlehalden“ entstehen. Die „diffusen Emissionen“ von Kohlestaub sollten die Kraftwerksbetreiber nach derzeitiger Planung „mittels Wasserschlauch“ bekämpfen. Das ist für Schröder zu wenig. Er fordert den Bau von Hallen für die Kohlelagerung, um die Menschen vor Lärm und Staub zu schützen.

Schröder sicherte zu, sich bei seinem Parteifreund Umweltminister Christian von Boetticher für dauerhafte Messungen von Dioxin, Furane, PCB und Stäube in der Station Altendeich einzusetzen. Im Augenblick sind die Messungen noch zeitlich begrenzt.

Und die Biller baten Schröder, sich bei Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU) für eine neue Initiative für ein norddeutsches Energiekonzept stark zu machen. Das war an für die Große Koalition in Kiel und Schwarz-Grün in Hamburg unerfüllbaren Bedingungen des niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff (CDU) gescheitert.

Bei der Bürgerinitiative ist man mittlerweile etwas desillusioniert über die Reaktionen aus der Politik. „Wenn die Politik will, dann kann sie auch“, steht für Siegfried Zell fest. „In Niedersachsen will man nicht, in Schleswig.-Holstein sieht es etwas besser aus.“

ERFOLGREICHE KLAGE?

Es tut sich derzeit eine ganze Menge“, bilanziert Niels-Peter Rühl den derzeitigen Stand der Auseinandersetzung um den Bau der Kohlekraftwerke in Stade. Wichtig sei die Normenkontrollklage gegen das Electrabel-Kohlekraftwerk in Bützfleth, dass im Januar oder Februar vor dem Verwaltungsgericht in Lüneburg entschieden werde, erklärte der Sprecher der „Bürgerinitiative gegen massive umweltbelastende Industriekonzentration in Stade“.

Im Frühjahr soll außerdem die wasserrechtliche Anhörung zum Electrabel-Projekt beginnen. Gerüchteweise habe man gehört, so Rühl, dass das Kohlekraftwerk nicht mehr mit Elbwasser, sondern über riesige Türme gekühlt werden solle.

Die Sprecher der BI aus der Haseldorfer Marsch waren zudem beim Kraftwerksforum der E.ON dabei. Im Gegensatz zu den Stader Initiative, die diese Einrichtung kategorisch ablehnen, sieht Rühl den Runden Tisch positiv. „Es ist immer gut, wenn man miteinander redet“, steht für den Haseldorfer fest.

Kritisch sieht es die BI, dass die Eisengießerei der Prokon genehmigt wurde. Luftmessungen sieht die Genehmigungsbehörde, das Gewerbeaufsichtsamt in Lüneburg nicht als notwendig an. „Das ist

nicht einsichtig“, erklärt Rühl. Für ihn wäre es durchaus sinnvoll, die Luft zu messen, um etwaige Dioxine nachzuweisen. Die Genehmigungsbehörde ist aber der Meinung, dass bei den dortigen Produktionsprozessen sowieso kein Dioxin freigesetzt werden kann. Über eine Klage gegen die Genehmigung wird derzeit bei den BI's diskutiert.

Demnächst soll es für die Sprecher der Bürgerinitiative Termine mit Landtagsabgeordneten in Kiel und Hannover geben. Außerdem hofft man weiter auf ein Gespräch mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden im niedersächsischen Parlament und designierten Wulff-Nachfolger David McAllister. (tp)
unintern

URL: <http://www.uenade/artikel/2511632>

© 2008 www.uenade